



*eine welt
netzwerk bayern*

Kommunen und Eine Welt

Handreichung
für kommunale Eine Welt-Arbeit
in Bayern

www.kommunen-einewelt.de
www.eineweltnetzwerkbayern.de

Inhalt

Einführung.....	3
-----------------	---

Grußworte und Grundgedanken

<i>Siegfried Schneider, MdL, Staatsminister, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei</i> Kommunen und Eine Welt – Globalisierung verstehen und gestalten.....	4
<i>Reiner Knäusl, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetages</i> Kommunen und Eine Welt.....	6
<i>Sabine Drees, Auslandsreferentin des Deutschen Städtetages</i> Städte als Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit.....	7
<i>Ursula Männle, MdL, Vorsitzende des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten des Bayerischen Landtags</i> Europas Kommunen gestalten Globalisierung: Gebietskörperschaften als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit.....	9
<i>Alexander Fonari / Norbert Stamm, Vorstände Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.</i> Eine Welt-Politik als Aufgabe der Kommunen.....	11

Kommunale Handlungsfelder der Eine Welt-Arbeit

1. Unterstützung des lokalen bürgerschaftlichen Eine Welt-Engagements.....	12
2. Kommunale Partnerschaften.....	15
3. Globales Lernen in der Kommune.....	18
4. Kommunales Beschaffungswesen.....	21
5. Fairer Handel und Kommune.....	24

„Kommunen und Eine Welt – Handreichung für kommunale Eine Welt-Arbeit in Bayern“
Norbert Stamm & Alexander Fonari, für Eine Welt Netzwerk Bayern e.V., Augsburg 2010

Diese Publikation wurde gefördert aus Mitteln der Bayerischen Staatskanzlei.

Herstellung: Senser Druck, Augsburg. Klimaneutral gedruckt auf Recyclingpapier aus 100% Altpapier.
Fotos auf Seiten 4 / 6 / 7: Inge Wittenzellner. Foto Seite 10: Büro Prof. Ursula Männle.

Herunterladbar im Internet unter www.kommunen-einewelt.de bzw. www.eineweltnetzwerkbayern.de.
Gedruckte Exemplare sind gegen eine Versandkostenpauschale von 4 Euro erhältlich bei:
Eine Welt Netzwerk Bayern e.V., Weiße Gasse 3, 86150 Augsburg
E-Mail: info@eineweltnetzwerkbayern.de, Tel. 089.35040796

Einführung

Die Welt rückt zusammen. Städte sind Knoten der globalisierten Gesellschaft und Taktgeber für Entwicklungsprozesse. Das spüren die Kommunen: sie sind von globalen Entwicklungen betroffen, gestalten aber auch mit und leisten weltweite Solidarität. Ihr vorrangiges Wirken gilt dabei nach wie vor ihrem direkten Wirkungskreis – ihren Bürgern, ihrer Wirtschaft, ihrer Zukunft. Doch die Herausforderungen wachsen.

Und auch die Erwartungen an die Kommunen sind größer geworden – so wurden die Kommunen bei der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 in der Agenda 21 mit einem eigenen Kapitel als wichtige Akteure benannt, ohne die eine nachhaltige Entwicklung nicht zu erreichen ist (Kapitel 28 der Agenda 21). Und auch der jüngste Beschluss der Ministerpräsidenten der Bundesländer vom Oktober 2008 betont die gemeinsame entwicklungspolitische Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen; die Ministerpräsidenten sehen dabei die Stärken der Kommunen insbesondere in der Kultur- und Bildungsarbeit, in der Kooperation mit Migrantinnen und Migranten aus Entwicklungsländern, im Einsatz für gute Regierungsführung und Dezentralisierung sowie beim „capacity building“ im Bereich kommunaler Aufgaben.

Unter „Kommune“ können einerseits alle Akteure eines Ortes verstanden werden - die Bürgerschaft, die Zivilgesellschaft, die lokal verbundene Wirtschaft, andererseits speziell Kommunalpolitik und -verwaltung. In Anbetracht der großen Herausforderungen sind alle lokalen Akteure gefordert; sie sind eh aufeinander angewiesen. Im Eine Welt-Bereich wird dies besonderes augenfällig: Bürgerschaftliches Engagement ist oft Vorreiter, hier sind Akteure mit vielfältigen Möglichkeiten aktiv; Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung verstärken und sorgen für Kontinuität dieses lokalen Engagements. Dies ist ganz in ihrem Sinne, müssen Kommunalpolitik und -verwaltung doch auch dafür sorgen, dass ihr Handeln den international vereinbarten politischen Zielen nicht widerspricht, sondern zu deren Erreichen beiträgt.

Diese Broschüre speist sich aus zahlreichen guten Beispielen aus der bayerischen Praxis vor Ort, die die vielen Mitgliedsgruppen des Eine Welt Netz-

werks tagtäglich gestalten, oft in Zusammenarbeit mit ihren Kommunen. Dabei kann es sich hier nur um eine Auswahl handeln. Am Anfang der Publikation stand die Konferenz „Kommunen und Eine Welt“, die das Eine Welt Netzwerk Bayern am 29. Juli 2009 mit Unterstützung der Bayerischen Staatskanzlei im Prinz-Carl-Palais in München veranstaltete und dabei gute Beispiele aus Herrsching, München und Neumarkt in der Oberpfalz präsentierte.

Die Broschüre benennt Handlungsfelder und gibt Hilfestellungen – und will vor allem eins: Mut machen zu mehr kommunalem Eine Welt-Engagement. Viele engagierte Bürger an vielen Orten in Bayern machen es vor und warten auf Anerkennung und Unterstützung ihres Engagements. Wir danken den politischen Vertretern, den Mitarbeitern der kommunalen Vereinigungen und der Kommunalverwaltungen für ihre Beiträge.

*Alexander Fonari und Norbert Stamm
Eine Welt Netzwerk Bayern e. V.*

Augsburg und München, März 2010

Weiterführende Informationen zur Eine Welt-Arbeit in Bayern enthält die Publikation „*Entwicklungspolitik in Bayern – Analysen und Perspektiven*“, hrsg. v. Alexander Fonari und Norbert Stamm, 5. Auflage, Augsburg 2009. Sie ist erhältlich unter www.eineweltnetzwerk-bayern.de



Kommunen und Eine Welt: Globalisierung verstehen und gestalten

Grußwort von Siegfried Schneider, MdL,
Staatsminister, Leiter der Bayerischen
Staatskanzlei

Die Stärkung der Eine Welt-Politik steht vielerorts auf der Tagesordnung: So hat der Heilige Vater in seiner Enzyklika „Caritas in veritate“ mit eindringlichen Worten auf die Solidarität der Industrienationen mit den sogenannten Entwicklungsländern und auf die ethischen Grundlagen eines Miteinanders hingewiesen. Bundeskanzlerin Merkel hat in ihrem Vortrag im Juli 2009 in der Katholischen Akademie in München klar gestellt, dass Deutschland die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit trotz der Krise nicht kürzen wird. Der Klima-Gipfel in Kopenhagen hat im Dezember 2009 die dramatische Situation der ärmsten Staaten thematisiert, die unter den Folgen des Klimawandels besonders leiden, obwohl sie selbst weniger dazu beitragen.

Ein Blick auf die Eine Welt-Arbeit in Bayern zeigt: Im Sommer 2009 fand die erfolgreiche 2. Fair Handels Messe Bayern im Augsburgers Rathaus statt. Der Infotag „Eine Welt in Bayern“ 2009 im Bayerischen Landtag hat die Vielfalt des Eine Welt-Engagements in Bayern deutlich gemacht. Bei der Tagung „Kommunen und Eine Welt – Globalisierung verstehen und gestalten“ am 29. Juli 2009 in München wurden gute Beispiele kommunaler Eine Welt-Politik (u.a. aus Neumarkt, Herrsching und München) präsentiert.

In Bayern gibt es 1126 kommunale Partnerschaften, davon ca. 20 mit Kommunen aus Entwicklungsländern. Das scheint wenig zu sein. Da könnte man sagen: Die Eine Welt, von der wir immer reden, spiegelt sich im Partnerschaftsbild der bayerischen Kommunen noch nicht wider. Rund 610 Partnerschaften, weit über die Hälfte, gibt es mit Frankreich, Italien und Österreich; dazu kommen dann noch 124 Partnerschaften mit Kommunen in den neuen Ländern.

Die Partnerschaften mit den Nachbarstaaten sind historisch gewachsen, die Partnerschaften mit den

Kommunen in den neuen Ländern sind der Deutschen Einheit zu verdanken. Bei den Partnerschaften mit den Kommunen in den Nachbarstaaten stand der Versöhnungsgedanke im Vordergrund. Das zusammenwachsende Europa sollte von unten her mitgebaut werden, durch die Begegnung der Bürgerinnen und Bürger.



Nicht jede bayerische Kommune kann und will mit weit entfernt liegenden Kommunen in Südamerika, Afrika oder Asien Partnerschaften eingehen. Da sind Entfernungen dazwischen, die zu überwinden große Mühen, Anstrengungen und auch Kosten verursachen. Manche dieser Regionen sind auch immer wieder Krisengebiete. Da stellt sich natürlich die Frage nach der Stabilität, der Kontinuität und der guten und nachhaltigen Entwicklung einer Partnerschaft. Es gibt auch die sprachlichen, religiösen und mentalen Barrieren. All das muss gesehen und abgewogen werden.

Und viele bayerische Kommunen haben bereits mehrere Partnerschaften. Auch da sind natürlich Grenzen gegeben, die nicht beliebig ausgeweitet werden können. Dennoch: 20 Partnerschaften sind ein Anfang. Sie wurden zumeist ab 1990 eingegan-

gen. Wie sich im zusammenwachsenden Europa kontinuierlich Partnerschaften ausbildeten, so wird sich auch die zusammenwachsende Welt künftig sicherlich stärker in den kommunalen Partnerschaften widerspiegeln.

Freilich: Bei einer Partnerschaft mit einer Kommune aus einem Entwicklungsland geht es um mehr als um Verständigung. Es geht zum Einen darum, bei den Bürgerinnen und Bürgern um Verständnis zu werben für einen derartigen Schritt. Es geht ferner darum, Partner zu suchen, zu finden und zu vernetzen, die diese Partnerschaft auch dauerhaft tragen. Ich weiß, dass die Mitglieder des Eine Welt Netzwerkes Bayern dafür gerne bereit stehen.

Und es geht zum Anderen darum, über Begegnung, Verständigung und Kultur hinaus Solidarität zu üben – also zu geben, Not, Armut zu lindern, zu helfen, um Prozesse der Selbsthilfe auszulösen. Insofern ist eine solche kommunale Partnerschaft anstrengender, aufwändiger, kostet mehr Zeit und Geld als eine Partnerschaft z.B. mit einer europäischen Kommune. Aber sie kann spannender und erfüllender sein.

Deshalb will ich die bayerischen Kommunen ermuntern und ermutigen zu prüfen, ob kommunale Partnerschaften, ob zumindest Projektpartnerschaften, machbar sind. Wie in den 50er und 60er Jahren in Europa die Nationen zusammenrückten und die Kommunen mit ihren Partnerschaften dabei eine wichtige Rolle spielten, so wird im 21. Jahrhundert die Welt weiter zusammenrücken. Auch hierbei müssen die Kommunen eine wichtige Rolle spielen, weil sie für die Menschen die staatliche Ebene sind, die ihnen am nächsten steht.

In der Einen Welt hängt vieles mit vielem zusammen. Die Verhältnisse in Afrika, Südamerika oder Asien lassen sich nicht mehr trennen von der Situation in Europa. Weil dem so ist, ist Eine Welt-Politik nicht nur Aufgabe des Staates, sondern der gesamten Gesellschaft – von Bund, Ländern, Kommunen und Bürgern. Die Zusammenarbeit der Ebenen, die Vernetzung vieler guter Ideen und die Addition der finanziellen Möglichkeiten sichern den bestmöglichen Erfolg.

Die Länder haben mit dem Beschluss der Ministerpräsidenten im Oktober 2008 anerkannt, welchen großen Wert die kommunalen Beiträge für Partnerschaften mit Entwicklungsländern haben. Die Herausforderungen der Entwicklungszusammenarbeit werden in Zukunft in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen angegangen werden. In diesem Sinne wollen wir die Globalisierung zusammen mit den Kommunen gerecht gestalten.

Schon heute können die Kommunen als Auftraggeber im Rahmen der öffentlichen Beschaffung ihren eigenen Beitrag zur Solidarität mit der Einen Welt leisten. Der Bayerische Landtag hat hierfür als erster Landtag in Deutschland mit Unterstützung des Eine Welt Netzwerkes Bayern die Grundlagen bereits im Jahr 2007 gelegt. Soziale und ökologische Kriterien können bei Beschaffungen nun zweifelsfrei berücksichtigt werden.

Nicht zu vergessen ist im Kontext des kommunalen Eine Welt-Engagements die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Die vielen Organisationen und Gruppen im Eine Welt Netzwerk Bayern leisten sehr gute Dienste. Die dort versammelte Kompetenz, die vielen Kontakte und das große ehrenamtliche Engagement vieler Menschen kann für die Kommunen wertvolle Hilfe und Unterstützung sein. Gerne unterstütze ich als zentraler Ansprechpartner in der Bayerischen Staatsregierung die zivilgesellschaftlichen Eine Welt-Akteure auch zukünftig bei ihren Vorhaben und Projekten.

Für all das jetzt schon geleistete Engagement bei der Eine Welt-Arbeit danke ich den Kommunen und dem Eine Welt Netzwerk Bayern ganz herzlich und wünsche für die Zukunft, vor allem auch für die weitere Vernetzung von Ideen und Projekten, viel Erfolg.



Siegfried Schneider, MdL, Staatsminister,
Leiter der Bayerischen Staatskanzlei

Kommunen und Eine Welt

Grußwort von Reiner Knäusl,
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
des Bayerischen Städtetags

Der Bayerische Städtetag unterstützt seit vielen Jahren das Ziel, bei öffentlichen Aufträgen keine Produkte zu verwenden, bei deren Erzeugung oder Verarbeitung ausbeuterische Kinderarbeit beteiligt ist. Die öffentliche Hand, vor allem aber Städte und Gemeinden haben hierbei eine wichtige Vorbildfunktion. Eine Anzahl von bayerischen Kommunen hat mittlerweile auch entsprechende Beschlüsse gegen ausbeuterische Kinderarbeit gefasst.

rische Kinderarbeit erfolgt ist. Städte und Gemeinden machen von diesem Instrument zunehmend Gebrauch.

Darüber hinaus unterstützen die bayerischen Städte und Gemeinden durch lokales Handeln den Klimaschutz. Damit wissen wir uns einig mit den Entwicklungszielen auch des „Eine Welt Netzwerks Bayern e. V.“. Durch kommunale Energieleitplanung, durch dezentrale Energieversorgung sowie durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien wollen Städte und Gemeinden ihren Beitrag zum Umweltschutz leisten. Auch die Steigerung der Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden ist dazu ein wichtiger Beitrag.

Der Bayerische Städtetag freut sich über die neue Handreichung. Sie ist kleiner aber wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der ausbeuterischen Kinderarbeit. Wir wissen, dass nach wie vor viele Produkte in Dritte-Welt-Ländern unter menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt werden. Wir wissen, dass die gesundheitlichen und sozialen Rahmenbedingungen in diesen Ländern nachhaltig verbessert werden müssen. An dieser Aufgabe werden wir weiter arbeiten. Wir wünschen dem „Eine Welt Netzwerk Bayern e. V.“ bei der Arbeit an unseren gemeinsamen Zielen weiterhin viel Erfolg!

*Reiner Knäusl ist Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags*

*www.bay-staedtetag.de
E-Mail: reiner.knaeusl@bay-staedtetag.de
Tel. 089.290087-0*



Ein wichtiger Meilenstein war auch die Änderung des Vergaberechts auf Bundesebene im Jahr 2009, für die sich auch die kommunalen Spitzenverbände eingesetzt haben. Diese Änderung ermöglicht es, bei Ausschreibungen zu fordern, dass die Herstellung oder Bearbeitung der Produkte ohne ausbeute-

Städte als Akteure in der Entwicklungs- zusammenarbeit

Sabine Drees

Eine aktuelle Partnerschaftvereinbarung zwischen München und Harare beinhaltet Wasser- und Gesundheitsprojekte sowie die Qualifizierung von Stadträten aus Harare durch eine Delegation aus München. Bis dahin war es ein weiter Weg: Seit 1996 ist die Partnerschaft von der Stadt München schon zweimal aufgehoben und anschließend wieder erneuert worden. Der Grund: Unter dem Mugabe-Regime wurden gewählte Bürgermeister bei „Nichtgefallen“ abgesetzt, genauso wie "ungehorsame" Stadträte. Einmal sogar 2003 während eines Delegationsbesuches des Münchener Stadtrates in Harare. Darauf hin hat München die Zusammenarbeit mit der Verwaltung gekündigt und demokratisch orientierte Oppositionskräfte unterstützt. Mit Erfolg: Letztes Jahr wurde ein neuer Stadtrat mit Herrn Muchadya Masunda als (parteilosem) erstem Bürgermeister gewählt, und natürlich wurden die Beziehungen zwischen den Verwaltungen erneuert.

Städte werden als Motor für Demokratisierung benötigt

Dieses Beispiel zeigt, welchen positiven Einfluss Kommunen auf die Demokratisierung von Kommunen in Entwicklungsländern ausüben können. Kommunen haben eine große Bedeutung beim Aufbau demokratischer, selbstverwalteter und damit bürger-naher Strukturen in Entwicklungsländern. Städte sind sogar in Krisengebieten für den Frieden aktiv (Städtediplomatie), denn internationale Beziehungen sind nicht mehr exklusiv den Nationalregierungen vorbehalten. So bleiben oftmals Kontakte von Bürgern zu Bürgern oder von Kommunen zu Kommunen bestehen, auch wenn sich auf nationaler Ebene Spannungen ergeben. Die Stadt Köln unterhält gleichermaßen Beziehungen zu Tel Aviv und zu Bethlehem und bringt auf lokaler Ebene Vertreter zusammen an einen Tisch, deren Verhältnis auf nationaler Ebene zu angespannt ist, um echte Fortschritte zu erreichen.

Als Ursache für das Scheitern von Reformen in sogenannten fragilen Staaten wird oft auch der Widerstand nationaler Eliten ausgemacht, die zum Beispiel von undemokratischen Strukturen profitieren. Kommunen tragen dazu bei, dass die Hilfe dorthin kommt, wo sie gebraucht wird.



Kommunale Daseinsvorsorge in der EZ

Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal der Kommunen ist die kommunale Facharbeit, die langfristig und nachhaltig in den Stadtverwaltungen erbracht wird und die nur von Kommunen erbracht werden kann. Kommunen vermitteln fachliches und institutionelles Know-how (capacity building) in alle Regionen der Welt. Die Projekte umfassen konkrete Hilfen vom Umwelt- und Klimaschutz über Stadt- und Raumplanung bis hin zur Sozialplanung; der Transfer von Fachwissen ist eine zentrale Leistung von Kommunen, die auch nicht von anderen erbracht werden kann. Annäherungsweise die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in städtischen Gebieten, bis 2015 wird mit einer Zunahme auf bis zu 60 Prozent gerechnet. Städte in Entwicklungsländern benötigen Städte zum Beispiel aus Industrieländern als Kooperationspartner, um beispiellose demographische Verschiebungen bewältigen zu können. Auch der Kampf gegen die negativen Auswirkungen des Klimawandels wird in Städten aus aller Welt gewonnen oder verloren. Ohne das kommunale Engagement sind diese globalen Herausforderungen nicht zu bewältigen.

Vorteile der Entwicklungszusammenarbeit für die Städte

Kommunen übernehmen auch aus eigenem Interesse Verantwortung für globale Aufgaben. Am Beispiel des Klimawandels wird deutlich, dass viele Aufgaben ohne die Unterstützung der kommunalen Ebene nicht gelöst werden können. Die Bewältigung globaler Probleme kommt auch den deutschen Kommunen zugute. Lokales Handeln hat direkte Auswirkungen auf die globale Ebene, und globale Probleme wirken sich auf die lokale Ebene aus.

Durch ihre Bürgernähe haben die Kommunen viele Möglichkeiten, in der Bevölkerung ein Bewusstsein für politische Themen zu entwickeln. Dazu gehören auch entwicklungspolitische Themen. Ein entsprechendes Grundverständnis in der Bevölkerung zu verankern, ist im Sinne von nachhaltiger Entwicklung von großer Bedeutung. Gleichzeitig kann so das enorme Potential der Zivilgesellschaft für die Entwicklungszusammenarbeit mobilisiert werden. Kommunale Entwicklungs- und Projektpartnerschaften stellen auch ein Integrationsinstrument für Migrantinnen und Migranten in der eigenen Kommune dar, sie schaffen Nähe zum Bürger und fördern das Zusammenleben in der Kommune. Migranten und Migrantinnen haben Schlüsselqualifikationen und ihnen kommt eine bedeutende Rolle als Mittler/innen zwischen Stadtverwaltungen und Partnerkommunen aus Migrationsländern und der jeweiligen Bevölkerung zu.

Durch die Internationalisierung der Stadtverwaltungen profitieren insbesondere größere Städte im internationalen Standortwettbewerb, Kommunen können über ihr weltweites Profil für sich werben und somit den eigenen Standort stärken. Einigen Städten ist es gelungen, sich weltweit als „Global City“ zu vermarkten und internationale Unternehmen und Institutionen zu gewinnen.

Auslandseinsätze bieten auch Vorteile innerhalb der Stadtverwaltungen. Die Qualifizierung des Personals erhöht sich durch fachliche und organisatorische Herausforderungen in sachverwandten Problemlagen. Mitarbeiter können von den Einsätzen wertvolle Erfahrungen für die eigene Kommune mitbringen. Dies können z.B. fortschrittliche Managementtechniken sein, aber auch interkulturelle Fähigkeiten und Sprachen.

Formen der Zusammenarbeit

Grundsätzlich sind die Formen des kommunalen Engagements in der Entwicklungszusammenarbeit sehr vielfältig. Während sich anfänglich die kommunale Entwicklungszusammenarbeit vor allem über Städtepartnerschaften abbildete, haben sich in

jüngster Zeit auch viele Projektpartnerschaften ergeben. Viele Kommunen scheuen formalisierte Partnerschaften und sind eher bereit, Projektpartnerschaften einzugehen. Die Formen der Entwicklungszusammenarbeit sind sehr unterschiedlich und reichen von eher kurzfristigen Einsätzen zusammen mit der GTZ und anderen Durchführungsorganisationen des BMZ über EU-Projekte (ENPI: European Neighbourhood and Partnership Instrument; EZI Finanzierungsinstrument für die Entwicklungszusammenarbeit) zu langjährigen Partnerschaften unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Der DST führt eine Liste von rund 100 Experten, die weltweit an Einsätzen in Entwicklungsländern teilgenommen haben - diese Liste ist beim Deutschen Städtetag bei der Autorin erhältlich. Diese Experten werden immer häufiger in Partnerschaften mit Durchführungsorganisationen des BMZ eingebunden und leisten damit einen bedeutenden Beitrag in der deutschen Entwicklungspolitik, der ergänzend zu finanziellen Hilfen des Bundes geleistet wird.

Präsidiumsbeschluss des Deutschen Städtetages

Die Rolle der Kommunen als Partner der nationalen Entwicklungszusammenarbeit

„Das Präsidium des Deutschen Städtetages weist auf die Bedeutung der Kommunen beim Aufbau demokratischer, selbstverwalteter und damit bürgernaher Strukturen auf kommunaler Ebene und bei der Schaffung lokaler Leistungen der Daseinsvorsorge in Entwicklungs- und Transformationsländern sowie als Partner entwicklungspolitischer Bildungs- und Informationsarbeit im Inland hin.

Das Präsidium stellt fest, dass die Kommunen einen spezifischen Beitrag in die Entwicklungszusammenarbeit einbringen können und dass dieser Beitrag von den Vereinten Nationen und ihren Agenturen für Entwicklungszusammenarbeit, aber auch von der Kommission der Europäischen Union zunehmend anerkannt wird. Es begrüßt in diesem Zusammenhang ausdrücklich den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom Oktober 2008, der ebenfalls den ‚Beitrag der Kommunen für die Partnerschaft mit Entwicklungsländern‘ würdigt.

Das Präsidium betont die Bereitschaft der Städte, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Kompetenzen Verantwortung in der Entwicklungszusammenarbeit zu übernehmen. Es erwartet hierbei die Kooperation und finanzielle Beteiligung der Länder und der Bundesregierung.“

Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetages am 4.11.2009

Das Präsidium des Deutschen Städtetages betont in seinem Beschluss zur Rolle der Städte in der Entwicklungszusammenarbeit vom 4.11.2009 die Bereitschaft der Städte, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Kompetenzen Verantwortung in der Entwicklungszusammenarbeit zu übernehmen. Das Präsidium erwartet hierbei die Kooperation und finanzielle Beteiligung der Länder und der Bundesregierung. An das kommunale Engagement dürfen keine unverhältnismäßigen Erwartungen gerichtet werden, finanzielle Ressourcen bereitzustellen. So sollte das kommunale Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit durch spezielle Förderinstrumente oder staatliche Finanzierungen gesichert werden.

Sabine Drees ist Auslandsreferentin des Deutschen Städtetags.

*www.staedtetag.de
E-Mail: sabine.drees@staedtetag.de
Tel. 0221.3771-214*

Europas Kommunen gestalten Globalisierung: Gebietskörperschaften als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit

Prof. Ursula Männle, MdL

Entwicklungszusammenarbeit findet auf den verschiedensten Ebenen der Politik statt und wird von unterschiedlichen Akteuren gestaltet. Die Kommunen sind erfreulicherweise Teil dieses Prozesses.

Die Europäische Union hat die Bedeutung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften für die internationale Zusammenarbeit erkannt und strebt an, ihre Politik mit deren entwicklungspolitischen Maßnahmen abzustimmen.

Im Ausschuss der Regionen, einer Brüsseler Institution mit beratender Funktion, in dem alle Regionen Europas vornehmlich durch kommunale Repräsentanten vertreten sind, wurde in zahlreichen Dokumenten zu den Vorlagen der Kommission in Fragen der Entwicklungspolitik Stellung genommen. Dem Ausschuss der Regionen wurde von der Kommission vorgeschlagen, innerhalb der europäischen Institutionen als Kontaktstelle für einen strukturierten Dialog über Fragen der Entwicklung mit den Regionen und Kommunen zu fungieren. Diesen Vorschlag hat der Ausschuss der Regionen gerne aufgenommen. Er wünscht sich seit langem eine umfassende Einbindung und fordert diese auch für die Gebietskörperschaften der Entwicklungsländer.

Ungeachtet der unterschiedlichen Rechtsgrundlagen in den EU-Mitgliedsstaaten ist eine dezentrale Zusammenarbeit zu wünschen und möglich. Die Kommission hat hierzu eine Reihe von Modalitäten vorgeschlagen, die praktikabel sind. Wichtig erscheint, dass neben den Konferenzen und entwicklungspolitischen Dialogen eine Informationsbörse - auch mit virtuellen Mitteln - eingerichtet wird, um den Informationsbedarf der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bezüglich der Entwicklungsprojekte der EU zu berücksichtigen. Für die konkrete Zusam-

menarbeit ist es unerlässlich, zu wissen, "wer was und wo macht".



besonders gut geeignet, die praktische Anwendung dieses Grundsatzes zu gewährleisten. Dabei kommt es weniger auf den finanziellen Beitrag an, sondern der qualitative Beitrag muss mehr als bisher bewertet werden.

Es ist möglich - auch in einem Europa der 27 - die Gebietskörperschaften nicht nur als gleichwertige Akteure, sondern auch als Gesprächspartner in den verschiedenen internationalen, bilateralen und multilateralen Gebergruppen einzubeziehen. Der Ausschuss der Regionen ist hierfür eine geeignete Plattform.

Prof. Ursula Männle ist Mitglied des Bayerischen Landtags und dort Vorsitzende des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten: In Brüssel vertritt sie den Bayerischen Landtag im Ausschuss der Regionen.

*www.ursula-maennle.de
E-Mail: mail@ursula-maennle.de
Tel. 08158.905813*

Die Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften zeigt die lokale Dimension einer globalen Strategie der Solidarität zwischen reichen und armen Weltregionen auf. Diese Zusammenarbeit bedeutet einen zusätzlichen Nutzen für den globalen Entwicklungsprozess, denn die lokalen Mandatsträger können die Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort am besten einschätzen. Sie verfügen über einen Erfahrungsschatz, der ihnen im Hinblick auf die Armutsbekämpfung und die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele eine besonders wertvolle Beratungskompetenz verleiht. Die Einbindung der Kommunen und Regionen gewährleistet durch die stärkere Berücksichtigung der betroffenen Bevölkerungsgruppen die demokratische Governance; durch die Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften ist eine nachhaltige Entwicklung möglich, da sie die einzelnen staatlichen und privaten Akteure einbezieht.

In der Pariser Erklärung aus dem Jahre 2005 wird die Eigenverantwortung für die entwicklungspolitischen Maßnahmen und Strategien für die Gewährleistung einer besseren Regierungsführung als zentral angesehen. Der Ausschuss der Regionen vertritt diesen Grundsatz der Eigenverantwortung mit großem Nachdruck. Die dezentrale Zusammenarbeit aufgrund der ihr zugrunde liegenden Bürgernähe ist

Eine Welt-Politik als Aufgabe der Kommunen

Dr. Alexander Fonari & Dr. Norbert Stamm

Entwicklungspolitik wurde bis Anfang der 60er Jahre bekanntlich vor allem als Aufgabe des Bundes angesehen. Seit 1962 bekennen sich jedoch zunehmend auch die Länder in Beschlüssen der Ministerpräsidenten (zuletzt 1988, 1994, 1998, 2008) zu entwicklungspolitischen Aufgabenstellungen der Länder. Städte und Gemeinden haben während dieser Zeit längst eine Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit bzw. der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit übernommen und sind aufgefordert, sich global verantwortlich zu entwickeln. Spätestens seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio haben sich nicht wenige bayerische Kommunen einer global verantwortlichen Gemeinde- bzw. Stadtentwicklung verschrieben; dieses Engagement im Kontext der Lokalen Agenda 21 wird auch öffentlich wahrgenommen. Darüber hinaus engagieren sich zahlreiche Kommunen im Rahmen von Partnerschaftsarbeit, nachhaltiger Beschaffung oder Globalem Lernen.

Losgelöst von rechtlichen Fragen sollte Politik auch auf lokaler Ebene selbstverständlich global verantwortlich sein - kommunale Entwicklungspolitik ist somit kein Zusatz zu sonstigen Aufgaben, sondern selbstverständlich.

Trotz knapper Finanzen und begrenzter personeller Ressourcen haben Kommunen also durchaus einen Blick für die Eine Welt. Das ist – wie so oft – abhängig von Personen bzw. auch bürgerschaftlichem Engagement im Eine Welt-Bereich. Kommunen gewinnen dadurch auf vielfältigste Art und Weise. Weltoffenheit, Wertevermittlung, Förderung von politischer Partizipation und gelebte Solidarität sind nur einige der Stichworte. Kommunen tragen so zur positiven Gestaltung der Globalisierung bei. Positive Beispiele gilt es regelmäßig hervorzuheben – insbesondere auch mit Unterstützung der Länder. In Bayern beispielsweise hat der für die entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen zuständige Staatsminister Siegfried Schneider, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, im Rahmen der Veranstaltung „Kommunen und Eine Welt“ im Juli 2009 (u.a. mit den Kommunen und bayerischen Positivbeispielen Neu-

markt in der Oberpfalz, Herrsching, München) das Engagement der Kommunen gewürdigt.

Wenn die Länder aufgefordert sind, die kommunale Eine Welt-Politik zu unterstützen, dann sind insbesondere die Innenministerien in den Blick zu nehmen. Diese sollten nicht schwerpunktmäßig auf Verbote, Hindernisse und grundsätzliche Bedenken hinweisen, sondern Gestaltungsspielräume aufzeigen. Das kostet keinen einzigen Euro, sondern nur guten Willen. Nichtregierungsorganisationen fordern ein solches – von den Ministerpräsidenten der Länder und auch vom Ausschuss der Regionen begrüßtes – Engagement der lokalen Gebietskörperschaften.

Bei allem bisherigen Lob der Kommunen – insgesamt gesehen verfügen nur wenige Kommunen über entwicklungspolitische Leit- oder Grundsätze oder haben Kriterien für Partnerschaftsarbeit formuliert. In den wenigsten Kommunalverwaltungen existieren Zuständigkeiten für Eine Welt-Politik - oder gar bei den Fraktionen der Stadt- und Gemeinderäte.

Wird die Zusammenarbeit von Kommunen mit Nichtregierungsorganisationen betrachtet, ist insbesondere im Bereich der Partnerschaftsarbeit die Abhängigkeit von bürgerschaftlichem Engagement offensichtlich. Aber werden die BürgerInnen auch in den anderen Bereichen kommunaler Entwicklungspolitik einbezogen? Werden entwicklungspolitisch notwendige Prozesse in den Kommunen nicht häufig ersetzt durch auf den ersten Blick großzügige Geldspenden der BürgermeisterInnen für ein ausgewähltes Projekt einer kommunalen Initiative? Öfter ersetzt Spendenmentalität notwendiges globales Verantwortungsbewusstsein im eigenen Haus. Positives Beispiel auch hier die Stadt München, die im entwicklungspolitischen Bildungsbereich mehr leistet als der gesamte Freistaat Bayern.

Wenn wir die im entwicklungspolitischen Bereich besonders engagierten Kommunen im Blick haben, sollte aus Perspektive der Nichtregierungsorganisationen auch hingewiesen werden dürfen auf eine sinnvolle Begrenzung der kommunalen Aktivitäten. Das schnell vergessene Subsidiaritätsprinzip gilt jedoch auch hier. Was die zivilgesellschaftlichen Strukturen selbst regeln können, soll nicht von kommunalen Strukturen übernommen werden. Für Vernetzung von Zivilgesellschaft auf kommunaler Ebene beispielsweise ist die Zivilgesellschaft selbst zuständig bzw. hierfür entsprechend auszustatten. Für dieses Subsidiaritätsprinzip setzen wir uns weiterhin auf allen Ebenen ein.

Zurück zu den leidvollen Finanzen: Entwicklungspolitisches Engagement von Kommunen darf auch finanzielle Anreize von Bund und Ländern erhalten. Insbesondere die Förderung entwicklungspolitischer

Bildungsarbeit auf kommunaler Ebene sollte vom Bund und natürlich von den Ländern unterstützt werden. Im Beschluss der Ministerpräsidenten vom Oktober 2008 wird die Bildungsarbeit als wichtige Aufgabe der Länder bezeichnet. Im Mai 2009 haben die entwicklungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen diesen im Bildungsbereich ungenügenden Beschluss der Ministerpräsidenten in einer eigenen Resolution korrigiert und die entwicklungspolitische Bildung zurecht den übrigen Aufgaben der Länder vorangestellt.

Neben den Ländern wurde hier aber auch der Bund angesprochen, der bis heute weit entfernt ist von der seit 1993 bestehenden Empfehlung des United Nations Development Program (UNDP), 2-3% seiner entwicklungspolitischen Leistungen in die entwicklungspolitische Bildungsarbeit zu investieren. Es wird Zeit für einen Etat im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zur Unterstützung entwicklungspolitischer (Bildungs-) Arbeit auf kommunaler Ebene. Leidet von der europäischen Ebene sei davor gewarnt, eine solche – zweifellos notwendige – kommunale Förderung zu Lasten zivilgesellschaftlicher Förderung vorzunehmen. Wie bereits ausgeführt: Entwicklungspolitische Arbeit auf kommunaler Ebene kann – unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips – sinnvoll nur zusammen mit Zivilgesellschaft funktionieren. Dafür machen sich die im Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. zusammengeschlossenen über 100 Vereine, Initiativen, Verbände, Institutionen und Weltläden stark und bieten sich an – als Partner auch für die bayerischen Kommunen.

*Dr. Alexander Fonari und Dr. Norbert Stamm
sind Vorstandsmitglieder des
Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.*

*www.eineweltnetzwerkbayern.de
E-Mail: info@eineweltnetzwerkbayern.de
Tel. 089.35040796*

Kommunale Handlungsfelder der Eine Welt-Arbeit

1. Unterstützung des lokalen bürgerschaftlichen Eine Welt-Engagements

Ob private Initiative aus persönlicher Verbundenheit, als Vereinsengagement, auf Grund beruflicher Verbindungen, als Teil des kirchlichen Engagements oder in Kindergarten und Schule, ob nur fallweise oder langfristig, ob als Beitrag zur Völkerfreundschaft, zur Armutsbekämpfung, als Katastrophenhilfe, im Rahmen des Klimaschutzes oder des Kulturaustauschs – wohl in jeder Kommune gibt es Bewusstsein und Engagement für Eine Welt.

Die Eine Welt-Arbeit braucht und hat diesen Rückhalt, in zahlreichen Eine Welt-Initiativen vor Ort. Immer mehr Menschen in den Kommunen, aber auch Funktions- und Verantwortungsträgern wird die Bedeutung der Eine Welt-Verantwortung und des Eine Welt-Engagements bewusst. Kommunalverwaltung und -politik können auf lokales Eine-Welt-Engagement bauen.

- Ansprechpartner für Eine Welt in der Verwaltung

In jeder Kommunalverwaltung ist dies anders organisiert – Ansprechpartner können direkt das Bürgermeisterbüro sein oder die Agendabeauftragte, eine Person im Umweltamt oder im Kulturamt – wie es sich inhaltlich anbietet und auch die Stärken der eigenen Verwaltung erlauben. Es gibt überall Menschen mit Eine Welt-Bewusstsein, -Erfahrung und -Interesse in der Verwaltung, die diese Aufgabe gerne mit übernehmen.

- Das Eine Welt-Engagement aufspüren

Zeigen Sie, was los ist: Einen ersten Hinweis kann das Portal „Bayern-Eine Welt“ liefern, denn es macht viele der bestehenden Kontakte sichtbar – z.B. die regionalen Partnerschaften der bayerischen Kirchen, die oft auch in den lokalen Gemeinden unterstützt werden. Oder die Mitglieder des Eine Welt Netzwerk Bayerns helfen Ihnen weiter.

Das bayerische Partnerschaftsportal steht unter www.bayern-einewelt.de, die Initiativen und Institutionen des Eine Welt Netzwerks unter www.eineweltnetzwerkbayern.de > Netzwerk > Mitglieder

- Empfang für die Eine Welt-Aktiven in der Kommune

Einmal im Jahr, an bestimmten internationalen Tagen wie z.B. dem Tag des bürgerschaftlichen Engagements am 5. Dezember oder dem Tag der Menschenrechte am 10. Dezember, aber auch anlässlich von Jubiläen des örtlichen Weltladens, des Eine Welt-Vereins etc. lädt der Bürgermeister / die Bürgermeisterin alle Eine Welt-Aktiven aus Vereinen, Kirchengemeinden, Schulen usw. zu einem Festakt ins Rathaus der Kommune ein und würdigt das Engagement. Für die Eine Welt-Aktiven ist es eine gute Möglichkeit, ihr Engagement vorzustellen.

- Unterstützung durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Kommune

Die Kommune verfügt über gute Pressekontakte. Indem die Kommune Veranstaltungen der örtlichen Eine Welt-Akteure mit veranstaltet, stellt sie ihren Presseverteiler für die Einladungen zur Veranstaltung zur Verfügung.

- Ausstellungsräume

Ob Räume im Rathaus, die Foyers von Schulen oder der Bücherei oder auch größere Veranstaltungsräume – oft benötigen lokale Eine Welt-Akteure genau dies, um ein Bildungsereignis starten zu können. Gute Gelegenheiten bieten Ausstellungen und Aktionen, die z.B. das Eine Welt Netzwerk Bayern in Bayern anbietet. Ausstellungen wie „Entwicklungsland D“, „Fairer Handel – Zukunft mit menschlichem Gesicht“ und „Bayern gegen ausbeuterische Kinderarbeit“ führen globale Fragestellungen vor Augen und benennen Lösungen; sie sind schon an vielen Orten in Bayern erfolgreich präsentiert worden. Die neue Ausstellung „Entwicklungsland Bayern“ ist ab Herbst 2010 verfügbar.

www.eineweltnetzwerkbayern.de



- Zeichen setzen im öffentlichen Raum

1992 errichteten die Gemeinde Puchheim und der Campo Limpo Solidarität mit Brasilien e.V. das Holztor des Künstlers Franz Hämmerle am Puchheimer S-Bahnhof, aus Anlass des 500. Jahrestages der Eroberung Lateinamerikas. Es mahnt zum Erhalt der Einen Erde in Solidarität und zu einem zukunftsfähigen Lebensstil.

- Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten

Das Nationalitätenspektrum in der bayerischen Bevölkerung ist breiter geworden und wächst weiter. Viele Mitbürger in den Kommunen stammen selbst aus Entwicklungsländern oder haben direkte familiäre Bindungen. In Bayern waren 2008 9,4% der Bevölkerung Ausländer; von diesen ist ca. jeder zwanzigste aus Entwicklungsländern. Hinzukommen Menschen mit Migrationshintergrund und deutscher Staatsangehörigkeit – im bayerischen Durchschnitt traf dies 2007 auf 19% der Bevölkerung zu. In Städten ist dieser Anteil höher, und er wird überall in den kommenden Jahren weiter wachsen. Menschen mit persönlichen Bindungen an Länder des globalen Südens und Ostens können als Kulturvermittler gute Multiplikatoren für Eine Welt-Arbeit sein.

- Förderung von Kulturveranstaltungen

Bei vielen Festen sind kulturelle Beiträge von MigrantInnen-Gruppen eine attraktive Bereicherung. Städtische Stellen, z.B. der Integrationsbeauftragte oder das Kulturamt, können solche Feste veranstalten oder finanziell fördern, eben so auch Lesungen, Konzerte, Theaterauftritte. So bezuschusst das Kulturamt der Stadt Augsburg seit vielen Jahren die Afrikanischen Wochen, die Asientage und den Karneval der Welten, die von der Werkstatt Solidarische

Welt e.V. in Zusammenarbeit mit Migrantinnen und Migranten jedes Jahr veranstaltet werden. Beim jährlichen Festival der Kulturen in Augsburg bezieht das Kulturamt verschiedene lokale Migrantenorganisationen mit ein: sie sind eingeladen, eigene Beiträge zu bringen oder einen musikalischen Beitrag zu kuratieren, d.h. in eigener Verantwortung auszuwählen und zur Einladung vorzuschlagen. All dies macht den kulturellen Reichtum der Kommune deutlich und stärkt die Verbindung zwischen kommunaler und zugewanderter Kultur.

*Stadt Augsburg,
Projektbüro für Frieden und Interkultur
E-Mail: friedensstadt@augsburg.de*

● Flüchtlingsarbeit

Kreisverwaltungsbehörden obliegen Unterbringung und ausländerrechtliche Betreuung von Flüchtlingen. Hier die Rahmenbedingungen möglichst menschlich zu interpretieren und auszugestalten, ist eine wichtige Herausforderung für kommunale PolitikerInnen, VerwaltungsmitarbeiterInnen und engagierte Bürgerinnen und Bürger. Bedeutsam ist die stetige Verbreiterung der interkulturellen Kompetenz. Auch können Kommunen Zeichen setzen und sich z.B. zur Aufnahme von Kontingentflüchtlingen im Rahmen des UNHCR-Resettlement-Programms beim Bayerischen Innenministerium melden.

www.save-me-kampagne.de
in 10 bayerischen Kommunen

Wie München das zivilgesellschaftliche Engagement für eine gerechtere Welt unterstützt

Renate Hechenberger

Die zahlreichen Münchner Eine Welt-Gruppen und Initiativen leisten einen ganz wesentlichen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung. Unter dem Motto „Global denken – lokal handeln“ betreiben sie entwicklungspolitische Bildungsarbeit, unterstützen fairen Handel und engagieren sich gegen ausbeuterische Kinderarbeit. Sie prangern Menschenrechtsverletzungen und globale Missstände an und decken die Zusammenhänge zwischen unserem Lebensstil und Fehlentwicklungen im Süden auf.

Die Landeshauptstadt München unterstützt dieses wichtige Engagement. Sie stellt den Gruppen das EineWeltHaus als Ort des Dialogs und der Solidarität zur Verfügung, das sich seit der Eröffnung im Jahr 2001 zu einem äußerst lebendigen Veranstaltungsort entwickelt hat. Über 80 Nutzer-

gruppen treffen sich dort regelmäßig, diskutieren über interkulturelle und entwicklungspolitische Themen und organisieren ein vielfältiges Kulturprogramm. Das Münchner Kulturreferat fördert das EineWeltHaus jährlich mit einer Summe in Höhe von mehr als 450.000 Euro. Weitere wichtige Zuschussnehmer des Kulturreferates auf diesem Feld sind das Nord Süd Forum München e.V., ein Zusammenschluss von über 50 entwicklungspolitischen Initiativen in München, und das Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit.

Neben den Eine Welt-Gruppen und professionellen Entwicklungsorganisationen engagieren sich auch viele Münchner Stiftungen, Kirchengemeinden, Schulen und Hochschulen, Migrantenvereine und Unternehmen für eine Verbesserung der Lebensbedingungen in Entwicklungsländern. Um den Austausch und die Zusammenarbeit auch dieser Einrichtungen zu unterstützen, hat die Stelle für internationale Angelegenheiten die Internetplattform www.muenchen-international.de eingerichtet. Vorgesehen sind auch regelmäßige Veranstaltungen als Kontaktbörse und Diskussionsforum, in denen sich die Akteure aus den unterschiedlichsten Bereichen z.B. über länderspezifische Fragen oder über Qualitätsstandards für Entwicklungsprojekte austauschen können.

*Renate Hechenberger leitet die Stelle
für internationale Angelegenheiten,
Büro des Bürgermeisters, Stadt München.*

www.muenchen-international.de
E-Mail: internationales@muenchen.de
Tel. 089.233-92776

2. Kommunale Partnerschaften

Vielfältige Beziehungen verbinden Bayern mit der Welt: Kommunen, Schulen, Kirchengemeinden und Nichtregierungsorganisationen / Vereine unterhalten ein lebendiges Netz von Partnerschaften. Kommunen empfangen Gäste aus Ländern des Südens zum Erfahrungsaustausch, Schulklassen tauschen regelmäßig E-Mails mit ihrer Partnerklasse in Indien, Kirchengemeinden engagieren sich in einer Partnerschaft mit einer Kirchengemeinde in Tansania. Kommunale Partnerschaftsbeziehungen bauen auf entsprechendem zuverlässigen bürgerschaftlichem Eine Welt-Engagement auf und unterstützen es. Auch die Regionalpartnerschaften der bayerischen Staatsregierung u.a. mit den Provinzen Westkap und Gauteng in Südafrika, dem Bundesstaat Karnataka in Indien und der Provinz Sao Paulo in Brasilien bieten einen guten Rahmen.



www.bayern-einewelt.de > Bayern



www.bayern-einewelt.de > Eine Welt

- Fachlicher Austausch von Verwaltungskräften in beiden Richtungen

Gut funktionierende kommunale Verwaltungen sind hier wie dort für den Alltag der Menschen unerlässlich. Kommunale Infrastruktur in den Bereichen Trinkwasserversorgung, Abwasser, Müll, Verkehr, Erziehung und Bildung, Gesundheitsversorgung, Meldewesen, aber auch Naturschutz, Wirtschaftsförderung, Verwaltungsorganisation, lokale Demokratie, internationale Beziehungen und vieles mehr können lohnenswerte Themen sein. Ein Austausch bietet gute Möglichkeiten, einander zu helfen. Wichtig ist, die Kooperation zwischen den Kommunen als Partnerschaft zu sehen und den Nutzen für beide Seiten zu suchen. Als Formen können neben thematisch genau umgrenzten Einsätzen auch Praktika in Frage kommen. Wichtig sind eine gute Vor- und Nachbereitung.

- Datenbank deutscher kommunaler Entwicklungszusammenarbeit des Deutschen Städtetages

In dieser Datenbank über kommunale Entwicklungszusammenarbeit des Deutschen Städtetages sind 112 Projekte kommunaler Entwicklungszusammenarbeit deutscher Kommunen beschrieben (Stand Fe-



- Portal „Bayern Eine Welt“

Das stetig wachsende Internetportal „Bayern – Eine Welt“ bietet einen Überblick über bestehende Partnerschaften von Kommunen, Schulen, Kirchengemeinden und Nichtregierungsorganisationen in Bayern auf. So können Erfahrungen ausgetauscht werden, um bestehende Partnerschaften weiterzuentwickeln. Ein umfassender Serviceteil bietet Beispiele, Multiplikatorenangebote und Bildungsmaterialien. Der Eintrag ist einfach und kostenlos, muss aber selbst getätigt werden. www.bayern-einewelt.de

bruar 2010). Unter kommunaler Entwicklungszusammenarbeit wird dabei die Summe aller Maßnahmen und Mittel verstanden, die Kommunen einsetzen, um die nachhaltige Entwicklung in Partnerkommunen in der Einen Welt zu fördern. Entwicklungszusammenarbeit kann auch vor Ort stattfinden, beispielsweise mit Projekten zum Fairen Handel. Die häufigsten Themen der Zusammenarbeit beziehen sich auf Soziales, Gesundheit und Infrastruktur. Trotz der schlechten Haushaltssituation in den Kommunen sind 70 % aller Kommunen bereit, Eigenmittel in die Projekte zu geben. 30 % der Projekte werden im Rahmen der nationalen Entwicklungszusammenarbeit durchgeführt. www.rgre.de

● Aufbau einer kommunalen Partnerschaft

Kommunale Partnerschaften bayerischer Kommunen mit Kommunen aus Ländern des Südens und Ostens sind noch eher selten, nehmen aber zu. Wie alle kommunalen Partnerschaften hängt ihre Qualität vom Engagement ab, mit dem diese Partnerschaft von beiden Städten oder Gemeinden betrieben wird. Bürgerschaftliches Engagement ist hier entscheidend. Dies können Initiativen, Vereine, Kirchengemeinden, Institutionen wie Schulen etc. sein - je breiter die Verankerung der Partnerschaft, desto größer sind die Erfolgsperspektiven. Welche Chancen solche Partnerschaften bieten, zeigen die nachfolgenden Beispiele Herrschings und Münchens.

Herrschings Partnerschaft mit Chatra in Indien

Hans-Jürgen Böckelmann

Die Partnerschaft der Kommune Herrsching mit Chatra bei Kalkutta in Westbengalen besteht offiziell seit 1996 und ist seit 2000 als Nord-Nord-Süd-Partnerschaft verknüpft mit der bis dahin schon länger informell bestehenden Partnerschaft mit Ravina-Romagnano / Trento in Italien.

Auf Anregung einer Gemeinderätin, die 1992 an einer Gruppenreise der Indienhilfe nach Westbengalen teilgenommen hatte, erfolgte 1994 der Grundsatz-Beschluss des Gemeinderates, eine Partnerschaft mit einer indischen Kommune bei Kalkutta einzugehen. Die in Westbengalen schon lange engagierte Indienhilfe e.V. Herrsching organisierte eine erste Delegationsreise nach Chatra, an der mehrere Gemeinderäte Herrschings teilnahmen. Im November 1996 unterzeichnete Herrsching im Rahmen eines großen Begegnungs- und Bildungsprogramms einen Freundschaftsvertrag mit dem Gram Panchayat (= Kommune) Chatra. Die Flugkosten für den indischen Bürgermeister wurden

von der bayerischen Gemeinde übernommen, die auch Räumlichkeiten für die Großveranstaltungen stellte.



2004 besuchte Herrschings damalige Bürgermeisterin Christine Hollacher ihren Kollegen, Bgm. Pronab Biswas, in Chatra. (Foto: Jörg Reuther)

Als im Juli 2000 an einem Festwochenende die offizielle Unterzeichnung eines Partnerschaftsvertrags mit Ravina-Romagnano erfolgte, war der Bürgermeister von Chatra anwesend. In parallelen Ausstellungen wurden Chatra und Ravina vorgestellt. An den darauf folgenden Informations- und Begegnungsreisen der Indienhilfe nach Chatra nahmen die Bürgermeisterin mit ihrer Familie, die Agenda 21- und Partnerschaftsreferentin der Kommune sowie mehrere Gemeinderäte teil (auf eigene Kosten). Im Juli 2005 wurde dann der Partnerschaftsvertrag mit Chatra von beiden Bürgermeistern in Herrsching unterzeichnet, diesmal in Anwesenheit einer Delegation aus Ravina-Romagnano / Trient. Daran schloss sich ein gemeinsamer Workshop von Kommunalvertretern aller drei Kommunen zur Entwicklung einer Dreieckspartnerschaft statt, mit Unterstützung von Indienhilfe und indischem Generalkonsulat in München.

Diese Dreieckspartnerschaft ist nun Wirklichkeit: Aktiv unterstützt von den derzeitigen Bürgermeistern und zahlreichen Gemeinderäten sowie vielen Bürgern und der Kirche beider Orte haben die Indienhilfe e.V. Herrsching und der Circolo L'Allergia in Ravina, der sich um Behinderte in Ravina und in Partnerprojekten auf Madagaskar kümmert, ihren Austausch über das beiderseitige Süd-Engagement incl. Fairem Handel entwickelt und je einen gemeinsamen Solidaritätsabend für Behindertenprojekte auf Madagaskar und in Indien veranstaltet.

Hans-Jürgen Böckelmann ist 2. Bürgermeister der Gemeinde Herrsching am Ammersee
E-Mail: h.boeckelmann@herrsching.de
www.herrsching.de

Warum sich die Landeshauptstadt München für Nord-Süd-Partnerschaften engagiert

Renate Hechenberger

Mit den Partnerschaften möchte die Landeshauptstadt München ihre Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung wahrnehmen und einen Beitrag dazu leisten, dass die weltweiten Ressourcen und Entwicklungschancen gerechter verteilt werden. Die Stadt München kann den Partnern fachliches Know-how anbieten, in begrenztem Umfang materielle Unterstützung leisten oder auf Entwicklungsfehler aufmerksam machen, die sie selbst gemacht hat und die in den Partnerregionen vermieden werden können.

Die Partnerschaften dienen auch als Beispiele im Lernfeld über globale Zusammenhänge und zeigen, welche Auswirkungen unser Verhalten auf Menschen in Entwicklungsländern hat. Gerade die Partnerschaft mit den peruanischen Ashaninka-Indianern macht dies sehr deutlich: Die Verwendung von Tropenholz raubt den Ashaninka ihre Lebensgrundlage, den Regenwald. Die Regenwaldabholzung wiederum verstärkt den Treibhauseffekt und beschleunigt die Klimaerwärmung. Wenn unsere Regenwaldpartner Münchner Schulen besuchen, um über ihr Leben zu erzählen und diese Zusammenhänge darzustellen, prägt das die Kinder und Jugendlichen in ihrem Denken und Verhalten sehr viel eindrucksvoller als jede theoretische Unterrichtsstunde.



*Jenny Munoz (links), Sprecherin der Asháninka
(Foto: Renate Hechenberger)*

Auch die Städtepartnerschaft mit Harare ist keine Einbahnstraße. Sie hilft, rassistische Vorurteile abzubauen und bringt allen Akteuren, sei es bei Jugendbegegnungen oder beim Fachkräfte-Aus-

tausch, wichtige Erfahrungen in der interkulturellen Kommunikation – eine Schlüsselkompetenz im Hinblick auf die zunehmende Globalisierung. Darüber hinaus können wir Münchner auch viel von den Menschen in der schwarzen Partnerstadt lernen, z.B. über Zivilcourage und sozialen Zusammenhalt auch unter schwierigsten Verhältnissen.

Schließlich ist es auch für die Attraktivität Münchens von Vorteil, international präsent zu sein und einen guten Ruf zu haben – nicht nur um Touristen und Wirtschaftsunternehmen anzulocken oder um das internationale Geschäft Münchner Firmen zu unterstützen, sondern auch, um bei Großereignissen wie Olympia 2018 eine gute Reputation zu haben.

*Näheres zur Partnerschaft mit den Ashaninka:
www.muenchen.de > Rathaus > Referat für Gesundheit und Umwelt > Projekte > International > Klimabündnis > Das Volk der Ashaninka*

*Näheres zur Städtepartnerschaft mit Harare:
www.muenchen.de > Rathaus > Direktorium > Partnerstädte > Harare*

Münchens Konzept für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Renate Hechenberger

Mit der Einrichtung der Stelle für internationale Angelegenheiten hat der Münchner Stadtrat den Auftrag erteilt, ein Konzept für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadtverwaltung München zu erarbeiten. Ziel dieses Konzeptes ist es, Koordinationsstrukturen und einen gemeinsamen Handlungsrahmen für die internationalen Entwicklungspartnerschaften und -aktivitäten der städtischen Referate zu schaffen.

Gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern der Fachreferate hat die Stelle für internationale Angelegenheiten deshalb Leitziele für das entwicklungspolitische Engagement der Stadt München formuliert, die vom Stadtrat als „gesamstädtische Stadtratsziele“ verabschiedet werden sollen. Die Ziele sehen beispielsweise vor, weitere Entwicklungsprojekte mit den Partnerstädten Harare und Kiew aufzustellen und die Partnerschaften verstärkt für die Bildungsarbeit in München zu nutzen. Auch die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteuren in München soll intensiviert werden.

Für die Umsetzung in den nächsten Jahren wur-

den mehrere Themenschwerpunkte und Leitprojekte vorgeschlagen, vor allem zur Wasserver- und -entsorgung, zum Klimaschutz und zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Das Konzept enthält auch Qualitätskriterien für die konkrete Projektarbeit, welche schon 2001 aufgestellt und nun aktualisiert worden sind. Weiter ist ein „Werkzeugkasten“ für die Referate entstanden, der die verschiedenen Instrumente für kommunale Entwicklungszusammenarbeit beschreibt. Neben der Umsetzung von eigenen, größeren Kooperationsprojekten können nämlich auch mit kleineren, weniger aufwändigen, Aktivitäten wichtige Beiträge zur Entwicklungszusammenarbeit geleistet werden - z.B. durch Weiterbildung von Praktikanten aus Entwicklungsländern in der Stadtverwaltung.

Mit der Verabschiedung des Konzepts bekennt sich der Münchner Stadtrat ausdrücklich zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und bestärkt die Fachreferate in ihren Aktivitäten. Dies ist ein sehr wichtiger Schritt, um das internationale Engagement Münchens zu unterstützen und auf breitere Beine zu stellen, selbst wenn aufgrund der Wirtschaftskrise die Ressourcen derzeit knapp und die Handlungsmöglichkeiten noch beschränkt sind.

*Renate Hechenberger leitet die Stelle für internationale Angelegenheiten, Büro des Bürgermeisters, Stadt München
E-Mail: internationales@muenchen.de
Tel. 089.233-92776
www.muenchen-international.de*

● Grundsatzklärung bayerischer Eine Welt-Initiativen und -Institutionen zu Projektarbeit, Entwicklung und Partnerschaft



Hierin finden Sie Hinweise, worauf es nach Ansicht namhafter bayerischer Eine Welt-Organisationen bei Projektarbeit und Partnerschaften ankommt, damit sie gelingen können. Die Grundsatzklärung wurde 2009 im Forum Projekte Entwicklung Partnerschaft (Forum PEP) des Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. erarbeitet.

www.eineweltnetzwerkbayern.de/pep

3. Globales Lernen in der Kommune

Der Begriff „Globales Lernen“ – „Global Education“ – ist heute fester Bestandteil der Bildungsarbeit. Menschenrechte, Frieden, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und politische Partizipation bilden den Rahmen für Globales Lernen. Globales Lernen versteht sich als ein offenes und integratives pädagogisches Konzept, das die Eine Welt-Pädagogik, die Umwelterziehung, die interkulturelle Arbeit und Friedenserziehung verbindet.

Globales Lernen ist ein umfassendes, Welt umspannendes Lernen, das in Zeiten der Globalisierung ein zunehmend wichtiger Baustein unseres lebenslangen Lernens sein wird. Globales Lernen will im Angesicht der Globalisierung eine Orientierung für das eigene Leben geben, denn globale Prozesse beeinflussen zunehmend unser Denken und Handeln. Die Geschwindigkeit der Veränderungen – wie das Näherkommen „fremder“ Lebenswelten und Kulturen – und die wachsende Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern von weltweiten Wirtschaftsentwicklungen überfordern viele Menschen.

Da Jugendliche in besonderer Weise den Herausforderungen von Globalisierung durch zunehmende Gefährdung der Lebensgrundlagen, wachsende Armut und ungerechte Wohlstandsverteilung ausgesetzt sind, sind besonders Kindergärten und Schulen dazu aufgerufen, eine Orientierung für die neuen Lebensbezüge zu geben und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Globales Lernen geht dabei immer von konkreten Anknüpfungspunkten vor Ort aus, in der Lebenswelt der Lernenden.

● Bildungsarbeit durch Infrastruktur unterstützen

Die Stadt Neumarkt in der Oberpfalz stellt z.B. mehrere nicht genutzte kommunale Räumlichkeiten zur Verfügung und ermöglicht so den „Lernraum Nachhaltigkeit“ (siehe Beispiel).

Der Lernraum Nachhaltigkeit in Neumarkt in der Oberpfalz

Ruth Dorner

In einer motivierend gestalteten Lernumgebung mit vielen kreativen und informativen Elementen soll die „Nachhaltigkeit in einer globalisierten Welt“ greifbar und erlebbar werden. Verantwortungsbewusstes Handeln, Werteorientierung und die Frage des Lebensstils werden an konkreten Produkten wie Kaffee, Schokolade, Kleidung oder Fußbälle aufgezeigt. Mit methodischer Vielfalt, Filmsequenzen und entsprechender Handlungsempfehlung, werden komplizierte Zusammenhänge so dargestellt, dass die „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ mit allen Sinnen erlebbar wird und dazu anregt, unseren Lebensstil zu hinterfragen. Die Stadt Neumarkt unterstützt den „Lernraum Nachhaltigkeit“ und stellt die entsprechenden Räume zur Verfügung, um ein optimales Arbeiten möglich zu machen.



(Foto: Eine Welt Laden Neumarkt e.V.)

*Ruth Dorner ist Bürgermeisterin der Stadt Neumarkt in der Oberpfalz
E-Mail: ruth.dorner@neumarkt.de
Weitere Informationen unter www.eineweltladen.com*

- **Bildungsarbeit finanziell unterstützen**

Das Schulreferat der Stadt Augsburg gibt seit über 20 Jahren einen jährlichen finanziellen Zuschuss an die Werkstatt Solidarische Welt e.V. – eine der zehn ersten bayerischen Eine Welt-Stationen – für die pädagogische Materialstelle und die Eine Welt-Bildungsarbeit an Schulen.

www.entwicklungsland-bayern.de >
Eine Welt Stationen

- **Stadt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005-2014)**

Für Kommunen, die Bildung für nachhaltige Entwicklung in ihr kommunales Leitbild aufnehmen und systematische Aktivitäten entfalten, besteht die Möglichkeit, sich als Stadt auszeichnen zu lassen (Kriterien anschauen). In Bayern hat dies bisher Neumarkt in der Oberpfalz genutzt. www.dekade-bayern.de

www.dekade.org > *Projekte und Kommunen der UN-Dekade*

Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Stadt Neumarkt i.d.OPf.

Ruth Dorner

Die Stadt Neumarkt i.d.OPf. ist bereits zweimal als Stadt der Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet worden. Die Stadt übernimmt dabei eine moderierende, unterstützende und fördernde Aufgabe. Ziel ist es, ein Netzwerk „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ aufzubauen, um die Kräfte in der Stadt zu bündeln und möglichst viele Akteure zu gewinnen. Die Basis hierfür bildet das Stadtleitbild „Zukunftsfähiges Neumarkt“. Der Stadtrat hat zudem in mehreren Beschlüssen wichtige Weichen gestellt. Hierzu gehören der Beitritt zum Klimabündnis und zum Konvent der Bürgermeister, der Beschluss „Gegen ausbeuterische Kinderarbeit im Beschaffungswesen“, die offizielle Unterstützung der Millenniumsentwicklungsziele und des Global Marshall Plan sowie der Beschluss „Neumarkt auf dem Weg zur Fair Trade Stadt“. Um Impulse zu geben und die Umsetzung zu begleiten, wird eine Steuerungsgruppe eingesetzt. Durch konkrete Projekte wie z.B. die Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz, der Lernraum „Nachhaltigkeit“ oder das 100 Dächer Plus Programm sowie das Förderprogramm „Energetische Sanierung“ soll die „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ konkret und greifbar gemacht werden.

*Ruth Dorner ist Bürgermeisterin der Stadt Neumarkt in der Oberpfalz
E-Mail: ruth.dorner@neumarkt.de
www.neumarkt.de*

- **Schulwettbewerb des Bundespräsidenten**

Ermutigen Sie Ihre Schulen, sich am Schulwettbewerb des Bundespräsidenten „Alle für Eine Welt – Eine Welt für alle“ zu beteiligen.

www.eineweltfueralle.de

- Unterstützung von Schulpartnerschaften

Globales Lernen an Schulen und Kindergärten auf der Basis der Partnerschaft Herrschings mit Chatra

Hans-Jürgen Böckelmann

Seit 1995 besteht eine Partnerschaft der Christian Morgenstern-Volksschule in Herrsching und seit 2003 des nächstgelegenen Gymnasiums (Christoph-Probst-Gymnasium Gilching) mit Schulen in Chatra in Westbengalen / Indien. Diese Partnerschaften wurde durch die Indienhilfe e.V. Herrsching vermittelt und werden von ihr inhaltlich betreut. Mit den Schülern werden Themen wie Kinderarbeit, Fairer Handel und Millennium Entwicklungsziele bearbeitet. Schüler erarbeiten eine Eine Welt-Rallye und andere Aktivitäten, die auch im Rahmen des Ferienprogramms der Gemeinde Herrsching angeboten werden. Durch die Partnerschaften beschäftigen sich die Kinder und Jugendlichen vermehrt mit globalen Themen, entwickeln Verantwortungsbewusstsein als globale Bürger und nutzen die konkreten Handlungsmöglichkeiten, die die Indienhilfe ihnen aufzeigt. In vielen Aktionen (Essensverkauf, Benefizkonzerte, Spielzeugflohmärkte etc.) mobilisieren sie jährlich beträchtliche Summen für Kinderprojekte der Indienhilfe in Chatra und Umgebung.

Unterstützung durch die Gemeinde

Die Gemeinde gibt einen jährlicher Zuschuss von 869 Euro für die örtliche entwicklungspolitische Bildungsarbeit der Indienhilfe e.V. Die Bürgermeister beteiligen sich an verschiedenen Schulaktionen und übernehmen z.B. Grußworte. Auch übernahm die Gemeinde Flugkosten für eine Lehrkraft der Partnerschule in Chatra und unterstützte das Begegnungsprogramm, das die Indienhilfe mit den Schulen und dem Gemeindekindergarten durchführte. Außerdem überlässt die Gemeinde der Indienhilfe kostenlos Räume z.B. für interaktive Ausstellungen zu den Begegnungsreisen nach Chatra; Themen waren z.B. „Leben in einem indischen Dorf“, „Lebensstile in Chatra und bei uns bezüglich Nachhaltigkeit“, „Kinder in Indien / Kinderarbeit“. Diese Ausstellungen wurden von allen Schulklassen der Christian-Morgenstern-Volksschule mit Führung gebucht und auch von vielen Herrschingern besucht; eröffnet wurden sie von Herrschinger KommunalpolitikerInnen oder BürgermeisterInnen. Auch wird der Indienhilfe seit Beginn der Partnerschaftsaktivitäten 1995 ein Speicherraum zur Lagerung von Gegenständen, Ausstellungselementen und Themenkisten für Projekttag oder -wochen und Aktionen an den Schulen gewährt.

Hans-Jürgen Böckelmann ist 2. Bürgermeister der Gemeinde Herrsching am Ammersee

E-Mail: h.boeckelmann@herrsching.de

*Christian-Morgenstern-Volksschule:
www.vsherrsching.de > Schulprofil > Partnerschulen > Dakshin Chatra High School*

*Christoph Probst Gymnasium Gilching:
www.cpg-gilching.de > Schulprojekte > Vikas, dort s.a. Webtagebuch (Indienreise 2008) und Beispiele aus der Projektarbeit*

*Vereinszuschüsse der Kommune:
www.herrsching.de > Politik und Verwaltung > Kämmerei > Haushalt 2009 > geplante Zuschüsse*

Informationen rund um die Schulpartnerschaftsarbeit der Indienhilfe: www.indienhilfe-herrsching.de > Dialog Nord-Süd > Schulpartnerschaften

- Volkshochschulen (vhs)

Das Programm der kommunalen Volkshochschulen in Städten und Kreisen bietet immer wieder Gelegenheiten, Aktivitäten von Eine Welt-Akteuren zu präsentieren oder globale Fragestellungen aufzugreifen. Die Eine Welt-Stationen bzw. das Eine Welt Netzwerk Bayern benennen Ihnen gerne kompetente ReferentInnen.

*www.entwicklungsland-bayern.de > Eine Welt-Stationen
www.eineweltnetzwerkbayern.de > Service > ReferentInnen*

- Bildungsimpulse für die ganze Kommune

Die Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz

Ruth Dorner

Bei der Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz werden im Rahmen eines attraktiven Programms mit hochkarätigen Referenten aktuelle Forschungsergebnisse und konkrete Praxisbeispiele vorgestellt. Der Titel der 3. Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz lautet „Nachhaltigkeit neu lernen – Impulse der Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Ziel ist es, Impulse für eine vorausschauende Bildungsarbeit zu geben, mit denen die nachhaltige Entwicklung in einer Kommune oder einem Unternehmen auf ein breites Fundament gestellt werden kann.

www.neumarkter-nachhaltigkeitskonferenz.de

*Ruth Dorner ist Bürgermeisterin der Stadt Neumarkt in der Oberpfalz
E-Mail: ruth.dorner@neumarkt.de*

4. Kommunales Beschaffungswesen

Kommunen sind einerseits Betroffene der Globalisierung und andererseits selbst Akteure. Durch den eigenen Einkauf – die öffentliche Beschaffung – üben Kommunen direkt oder über ihre Eigenbetriebe und Beteiligungen Einfluss auf das Marktgeschehen aus: Sie beeinflussen durch Geschäftsabschlüsse, welche Angebote zum Zuge kommen und damit langfristig auch, welche Angebote überhaupt gemacht werden. Weiterhin wirken sie als Vorbilder. Und sie können demonstrieren, dass sie verantwortlich mit den Steuereinnahmen ihrer BürgerInnen umgehen. Kostengründe können kein Argument gegen die Einhaltung internationaler Mindeststandards sowohl im sozialen wie auch im ökologischen Bereich sein.

§ 97, Abs. 4 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen:

„Aufträge werden an fachkundige, leistungsfähige und zuverlässige Unternehmen vergeben. Für die Auftragsvergabe können zusätzliche Anforderungen an Auftragnehmer gestellt werden, die insbesondere soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte betreffen.“

- Informationsplattform Kompass Nachhaltigkeit

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bereitet derzeit gemeinsam mit weiteren Kooperationspartnern u.a. aus der Schweiz ein Internetinformationssystem über Sozial- und Umweltstandards speziell für die öffentliche Beschaffung vor. Es wird durch die Vielfalt der Siegel und Standards lotsen und Hilfe bei der Entscheidungsfindung und Beschaffung geben.

www.kompass-nachhaltigkeit.de

- Ratsbeschluss gegen ausbeuterische Kinderarbeit

Gegen ausbeuterische Kinderarbeit setzen immer

mehr Kommunen ein Zeichen und handeln konkret. Auf der Internetseite www.bayern-gegen-ausbeuterische-kinderarbeit.de sind rund 60 bayerische Kommunen mit einem offiziellen Ratsbeschluss dokumentiert. Deutschlandweit sind es bereits über 150 Kommunen.

www.bayern-gegen-ausbeuterische-kinderarbeit.de

www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de

Beschlüsse und Beschlussanträge in Bayern

● Beschluss gefasst ● Antrag gestellt ☀️ Stadtpitze wird anderweitig aktiv



- Bayern gegen ausbeuterische Kinderarbeit



Der Bayerische Landtag beschloss am 18.7.2007 als erstes Landesparlament, dass staatliche Einrichtungen keine Produkte aus ausbeuterische Kinderarbeit beschaffen. Und er verpflichtete sich u.a., auch die Kommunen zu informieren und zu ermutigen, es ihm gleich zu tun. Mit Unterstützung des Bay. Wirtschaftsministeriums erstellte das Eine Welt Netzwerk Bayern eine handliche Ausstellung, die gut in Rathausfoyers, Schulen oder anderen Einrichtungen aufgestellt werden kann. Die Ausstellung zeigt Hintergründe, den Beschluss und benennt Handlungsmöglichkeiten. Die Inhalte der Ausstellung sind in einem Flyer zusammengefasst.

www.bayern-gegen-ausbeuterische-kinderarbeit.de

- Natursteine im Straßenbau

Ein großer Teil der öffentlichen Beschaffung hat mit dem Einkauf von Natursteinen zu tun – für Straßen und Plätze, Haus- und Gartenbau. Dabei kommt ein hoher Anteil der Natursteine aus China und Indien. Studien und Medienberichte belegen ausbeuterische Kinderarbeit, Hungerlöhne und das Fehlen von Arbeitsschutzmaßnahmen oder sozialer Absicherung in den Steinbrüchen. Die Marktanteile dieser auf Kosten der Menschenrechte billigen Importsteine wachsen. Verlangen Sie eine Erklärung Ihrer Lieferanten (siehe Beispiel Landshut)

- Spielzeug

Als Sachaufwandsträger von Kindertagesstätten und Schulen kaufen kommunale Bedienstete auch Spielzeug ein. Doch faire Arbeitsbedingungen sind in der Spielzeugproduktion leider nicht die Regel. Die Spielzeugbranche ist seit einigen Jahren dabei, einen Verhaltenskodex zu entwickeln und als Standard zu etablieren, der menschenwürdige Produktionsbedingungen garantieren soll. Eine Firmenliste mit den Spielzeugh Herstellern, die sich beteiligen, und mit denen, die sich bisher nicht beteiligen, finden interessierte BeschafferInnen und PädagogInnen unter www.fair-spielt.de

- IT

Computer bestehen aus Tausenden von Teilen. Sie werden z. T. unter Verletzung von Arbeits- und Menschenrechten hergestellt. Die europäische Initiative „Procure IT fair“ legt die Arbeitsbedingungen und Umweltbeeinträchtigungen bei der Computerherstellung so gut es geht offen. Ein „Company-Monitor“ zeigt gute und schlechte Nachrichten über die jeweiligen Unternehmen. Auch enthält die deutschsprachige Seite der Initiative – www.pcglobal.org – Unterlagen für faire Computerausschreibungen.

www.procureitfair.org
www.makeitfair.org

- Werbematerialien

Meist mit Broschüren, aber auch mit Give-Aways wie Kugelschreibern oder mit bedruckten Textilien werben Kommunen für sich und ihre Sehenswürdigkeiten. Wo sind diese unter welchen Bedingungen hergestellt? In manchen Bereichen gibt es zertifizierte Alternativen, ansonsten sollte bei der Angebotsabfrage immer eine Bieter- bzw. Lieferantenerklärung (siehe das folgende Beispiel Landshut) verlangt werden, die ausbeuterische Kinderarbeit ausschließt.

- Faire Altkleiderverwertung

Die Vermarktung unserer Altkleider hat Auswirkungen in Ländern des globalen Südens und Ostens. Die im Dachverband FairWertung e.V. zusammengeschlossenen gemeinnützigen Sammelorganisation setzen sich für einen transparenten, ökologisch, sozial und entwicklungspolitisch sinnvollen Umgang mit Second Hand-Kleidung ein. In Bayern ist u.a. die Aktion Hoffnung der Diözese Augsburg Mitglied und arbeitet nach den FairWertungs-Kriterien. Kommunen können in ihrer Ausschreibung die Kriterien des Dachverbands FairWertung beachten – so geschieht es z.B. in der Stadt Augsburg seit Ende 1999.

www.fairwertung.de

www.aktion-hoffnung.de

Beschluss des Augsburger Stadtrats siehe www.agenda21.augsburg.de > *Agendabeirat unter 'Empfehlungen'*

- Ethische Geldanlage

Zugegeben, nicht viele Kommunen haben derzeit die Möglichkeit, Geld anzulegen. Doch Kommunen wie Neuss, Viersen und Rheda-Wiedenbrück haben Geld bei oikocredit angelegt: dabei erwirbt die Kommune Genossenschaftsanteile im Wert von mindestens 200 €, die jederzeit wieder eingelöst werden können; die jährliche Dividende beträgt in der Regel 2%. Dieses Kapital wird als Darlehen an Genossenschaften, Mikrofinanzinstitutionen und kleine Unternehmen in armen Ländern geben. Derzeit profitieren rund 1 Million KreditnehmerInnen von solchen Kleinkrediten.

www.oikocredit.org

Viele Bürgermeister bestimmen als Verwaltungsratsmitglieder die Politik der örtlichen Sparkasse mit. Wirken Sie daraufhin, dass Ihre Sparkasse den Kunden und Kundinnen verstärkt ethische – d.h. sozial sowie entwicklungspolitisch verantwortliche und umweltfreundliche – Anlagemöglichkeiten empfiehlt und z.B. in Veranstaltungen darüber informiert.

www.suedwind-institut.de

- bayernweiter Runder Tisch

„Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung“

Diese Veranstaltung, die einmal jährlich im Herbst in einer bayerischen Kommune stattfindet, dient dem kommunalen Erfahrungsaustausch in Beschaffungsfragen und gibt durch kurze Fachvorträge Einblick in aktuelle Fragen und Lösungsstrategien sozialverantwortlicher und umweltfreundlicher Beschaffung. Themen, Termin und Ort des nächsten Runden Tisches finden Sie unter

www.eineweltnetzwerkbayern.de/globalisierung

Die Vergabepaxis der Stadt Landshut

Richard Geiger

Die Stadt Landshut verlangt seit 2004 Bietererklärungen. Grundlage ist folgender einstimmig gefasster Stadtratsbeschluss:

a) Im Beschaffungswesen und bei Ausschreibungen finden künftig nur Produkte Berücksichtigung, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 hergestellt wurden bzw. Produkte, deren Hersteller oder Verkäufer aktive zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit eingeleitet haben.

b) Die Öffentlichkeit und die Geschäftspartner der Stadt Landshut sind über die Problematik und den Beschluss zu informieren.

c) In einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Stadträten, örtlichen Nichtregierungsorganisationen und der Verwaltung, tauschen sich die Teilnehmer über den aktuellen Stand aus und es werden die Liste der betroffenen Produkte sowie die relevanten Herkunftsbereiche abgestimmt. In der Arbeitsgruppe werden die abgegebenen Erklärungen der Anbieter besprochen und mit Hilfe der Nichtregierungsorganisationen evtl. Falschangaben aufgedeckt.

Der Oberbürgermeister hat mit einem Anschreiben alle Dienststellen und sonstigen angegliederten Einrichtungen (Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen usw.) über den Vollzug (Einholen der Bietererklärung) informiert. Um den zusätzlichen Aufwand für die Dienststellen gering zu halten, wurden die „Textbausteine“ für künftige Ausschreibungen und Angebotseinholungen diesen per E-Mail und im Intranet zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wurde ein Infoblatt für die Anbieter erstellt. Mit diesem können ohne Aufwand die Lieferanten oder bei Ausschreibungen die potentiellen Bieter informiert werden. Als wichtigstes Dokument wurde das Formblatt „Erklärung zur Einhaltung internationaler Vereinbarungen gegen verbotene ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182“ (Bietererklärung) ausgegeben, das der Bieter oder Lieferant auszufüllen hat.

In der Erklärung versichert der Bieter oder Lieferant entweder:

a) es liegt eine unabhängige Zertifizierung vor, die bestätigt, dass das Produkt nicht mittels ausbeuterischer Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention Nr. 182 hergestellt wurde (z.B. TransFair-Siegel) oder:

b) es wird versichert, dass das Produkt ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurde oder:

c) es wird verbindlich erklärt, dass zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit eingeleitet wurden.

Für die Richtigkeit der Angaben unterschreibt der Bieter oder Lieferant und gibt sein Einverständnis, dass die Erklärung an Nichtregierungsorganisationen zur Prüfung weitergegeben werden darf. Damit wird die Möglichkeit einer öffentlichen Kontrolle geschaffen und die Bedeutung der Erklärung erhöht.

Aufträge werden nur vergeben, wenn die Bieterklärung vorliegt. Eine inhaltliche Prüfung der Erklärung kann die Verwaltung nicht leisten. Wie bei anderen Eigenerklärungen im Vergabeverfahren auch besteht grundsätzlich die Gefahr, dass die Eigenerklärungen nicht den Tatsachen entsprechen. Umso wichtiger ist das Einverständnis der Bieter, dass die Eigenerklärung an Nichtregierungsorganisationen weitergegeben werden darf. Auch wenn den Nichtregierungsorganisationen keine lückenlosen Erkenntnisse über die Produktionsbedingungen aller Firmen vorliegen, entsteht dennoch ein Druck auf die Hersteller, ihre Produktionsbedingungen zu durchleuchten.

Erwartungsgemäß stößt ein weiteres Formular, welches bei der Angebotsabgabe ausgefüllt werden muss, auf wenig Begeisterung. Dennoch sind die Reaktionen aus der Wirtschaft überwiegend positiv. Teilweise sind die Anbieter bereits sehr gut informiert, teilweise aber auch überrascht, dass ihre Produkte betroffen sein können. Nicht selten werden interne Kontrollen angestoßen - ein durchaus erwünschter Effekt. Im Grunde sind sich alle Wirtschaftsbeteiligten einig, dass ausbeuterische Kinderarbeit zu verurteilen ist, sei es aus ethischer Überzeugung oder aus Sorge vor einem Imageschaden.

Um einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess sicher zu stellen, wurde in Landshut eine Arbeitsgruppe gebildet. In der AG sind die Stadtratsfraktionen, die örtlichen Nichtregierungsorganisationen und die Verwaltung vertreten. In der AG wird Schritt für Schritt die weitere Vorgehensweise beraten. Die Verwaltung kann von den Informationen der Nichtregierungsorganisationen (NRO) profitieren und gleichzeitig Umsetzungsschwierigkeiten aus Sicht der Verwaltung darlegen. Gleiches gilt natürlich für die vertretenen Stadtratsfraktionen. Statt sich gegenseitig überzogene Forderungen bzw. Untätigkeit vorzuwerfen, kann in dieser Runde sachlich die weitere Vorgehensweise beraten werden. Richtig organisiert kann eine solche AG trotz des Organisationsaufwandes eine Arbeitserleichterung für die Verwaltung und eine un-

komplizierte Anlaufstelle für die Politik und die NRO sein.

Die Erklärung zur ausbeuterischen Kinderarbeit ist tatsächlich ein Mehr an Bürokratie. In einem Rechtsstaat darf und muss sich die öffentliche Beschaffung vor „illegalen“ Produkten schützen. Aus diesem Blickwinkel ist der zusätzliche, aber überschaubare bürokratische Aufwand mehr als berechtigt.

Zudem sind für den öffentlichen Einkauf mögliche Mehrkosten von Bedeutung. Hier muss aber klar festgestellt werden, dass es in einem Rechtsstaat keinen Preisvergleich mit illegal hergestellten Produkten geben darf. Durch die kommunale Nachfrage nach Produkten ohne ausbeuterische Kinderarbeit wurde ein großer Stein ins Rollen gebracht.

*Die Landshuter Vorlagen finden Sie unter
www.kommunen-einewelt.de*

*Richard Geiger arbeitet im Amt für öffentliche Ordnung und Umwelt der Stadt Landshut.
E-Mail: richard.geiger@landshut.de
Tel. 0871.881687*

Eine ausführliche Darstellung der Landshuter Praxis sowie weitere Informationen finden Sie in *Fonari, Alexander / Führ, Vivien / Stamm, Norbert: Sozialstandards in der öffentlichen Beschaffung. Augsburg / München, 2. Auflage 2009*. Weitere Informationen im Internet unter www.eineweltnetzwerk-bayern.de/publikationen



Leitfaden „Berücksichtigung sozialer Belange im Vergaberecht“. Köln 2009. Herausgegeben vom Deutschen Städte-tag in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

*Herunterladbar unter
www.staedtetag.de*



5. Fairer Handel und Kommune

Fairer Handel ist die beste Entwicklungshilfe – das ist die Überzeugung vieler Eine Welt-Akteure. Viele Menschen in Entwicklungsländern profitieren vom Verkauf ihrer Produkte unter fairen Bedingungen (FLO-zertifiziert). Denn die Abnehmerpreise bieten einen lebensfähigen Lohn sowie Sicherheit dank Jahresverträgen und stellen einen Mehrpreisanteil für die lokale Gemeinschaft zur Verfügung.

Nicht wenige Waren können – und sollten deshalb auch – aus Fairem Handel bezogen werden: Kaffee, Tee, Orangensaft, Schokolade, Blumen, Bälle, zunehmend auch Textilien... Bürgermeister, Gemeinde- und Stadträte, Verwaltungsmitarbeiter und Verantwortliche kommunaler Einrichtungen haben hier Handlungsmöglichkeiten. Doch sozialverantwortliche Beschaffung wirkt nicht nur direkt – sondern wird auch zum Vorbild. Beschaffer werden zu Multiplikatoren für eine gerechtere Welt. Daneben ist der Faire Handel auch das anschaulichste Lernfeld für weltwirtschaftliche Zusammenhänge.

www.fairerhandel-bayern.de



Weltläden in Bayern (Februar 2010)

- Partner vor Ort

An fast allen Orten in Bayern bieten sich kompetente Partner an – Weltläden, Aktionsgruppen in Pfarrgemeinden oder Schulen. In Bayern gibt es ca. 200 Weltläden (siehe oben Karte) und viele zusätzliche Aktionsgruppen. Die Adressen der Weltläden finden Sie unter www.fairerhandel-bayern.de.

- Persönliches Engagement von MandatsträgerInnen

Es gibt vielfältige Möglichkeiten für persönliches Engagement: beim jährlichen Weltladentag im Mai oder während der Fairen Woche im September sind prominente Verkäuferinnen und Verkäufer fair gehandelter Waren bei Aktionen, an Ständen und in den Weltläden gern gesehen. Oder wie wäre es mit einem fairen Frühstück des Bürgermeisters – u.a. mit der Presse am reichhaltig gedeckten Tisch? Ihr Einsatz als Bürgermeister, Stadt- oder Gemeinderat im Verkauf schafft positive Öffentlichkeitsarbeit. Was aber vielleicht noch mehr zählt: Sie lernen Eine Welt engagierte Akteure ihrer Kommune kennen und diese Sie.

- Faire Jubiläumsgeschenke

Es ist guter Brauch, dass der Bürgermeister oder Gemeinde- bzw. Stadträte den Jubilaren zu einem runden Geburtstag persönlich Glückwünsche überbringen – und meist auch ein kleines Geschenk dabei haben. Das könnten gut Schokoladenspezialitäten aus Fairem Handel sein. Meist sind es jedoch Blumen. Auch Blumen sollten sozial- und umweltverträglich hergestellt sein: Greifen Sie bevorzugt zu Blumen aus regionaler Produktion; ist dies Jahres-

zeiten bedingt nicht möglich, sollten Sie bei importierten Blumen Produkte aus Fairem Handel wählen. Fair gehandelte Blumen sind am Fairtrade-Zeichen oder am Zeichen des Flower Label Programs (FLP) zu erkennen.



FLP-zertifizierte Blumen stammen aus umweltgerechter und menschenwürdiger Produktion. Händler und Farmen, die das Label führen wollen, verpflichten sich zur Einhaltung bestimmter Kriterien, die sich an grundlegenden Menschen- und Arbeitsrechtsstandards orientieren. Die produzierenden Blumenfarmen müssen sich regelmäßig unabhängigen Kontrollen unterziehen. Außerdem werden für Arbeiterinnen und Arbeiter in ihren Ländern vertrauenswürdige Beschwerdestellen eingerichtet.

Weitere Informationen sowie ein Verzeichnis von Blumenläden mit FLP-Blumen: www.fairflowers.de

- Fairer Blumenschmuck bei Veranstaltungen

Auch für Blumenschmuck bei Veranstaltungen gilt: zuerst regional und saisonal, dann fair gehandelt. Sonst lieber verzichten.

- Faire Werbegeschenke – der eigene Stadtkaffee oder die eigene Stadtschokolade

Eine besonders tolle Gelegenheit, Fairen Handel zu fördern und das Engagement der eigenen Kommune zu präsentieren, bieten eigene Stadtkaffees und -schokoladen. Sie sind sehr vielseitig einsetzbar, etwa im Tourismus, bei öffentlichen Veranstaltungen oder als repräsentative Geschenke der Kommune. Immer mehr Kommunen haben eigene fair gehandelte Kaffees oder Schokoladen. Eigene Schokoladen sind schon ab 100 Stück (Digitaldruck) oder ab 1.000 Stück (Offsetdruck) erhältlich. Wenden Sie sich an den örtlichen Weltladen. Beispiele für Städteschokoladen und die Adressen des nächsten Weltladens finden Sie unter

www.fairerhandel-bayern.de



Banderole der Aschaffener Städteschokolade

● Werbung für den Fairen Handel im Ort

Erstellen Sie eine Liste mit allen lokalen Verkaufsstellen fair gehandelter Produkte und legen Sie sie in der Bürgerinformation aus.

● Fairtrade-Stadt

Inzwischen gibt es auch in Deutschland die Möglichkeit, sich als Fairtrade-Stadt auszuzeichnen. Dazu müssen fünf Kriterien erfüllt werden:

1. Ratsbeschluss, dass bei allen Sitzungen, im OB-Büro fair gehandelter Kaffee getrunken wird
2. Bildung einer Steuerungsgruppe
3. Fairtrade-Produkte in Einzelhandelsgeschäften, Cafés und Restaurants
4. Fairtrade-Produkte in Schulen, Vereinen und Kirchen sowie Bildungsaktivitäten dazu
5. Medienberichterstattung

Da die Initiative ursprünglich von Großbritannien ausging, sind schon viele britische Städte Fairtrade-Town – vielleicht auch Ihre britische Partnerstadt?

www.fairtradetowns.de



19 bay. Städteschokoladen (Stand Februar 2010)



Südlichste Fairtrade-Stadt Deutschlands
- Sonthofen/Allgäu meets Africa

Petra Wilhelm

Im Sinne der Nachhaltigkeit bemüht sich die Stadt Sonthofen bereits seit vielen Jahren um die Umsetzung verschiedener Projekte. Dieses nachhaltige Engagement der Stadt kommt nicht von ungefähr. Bereits im Alpenstadtjahr 2005 verabschiedete sie die so genannte „Sonthofer Erklärung zum Global Marshall Plan“ und beschloss damit die Übernahme besonderer Verantwortung für die Bereiche Wirtschaft, Umwelt und Soziales im Sinne der Alpenkonvention. Ein mit Professor Dr. Radermacher erarbeiteter Maßnahmenkatalog wurde sukzessive umgesetzt. Im Jahr 2008 folgte ein Stadtratsbeschluss gegen ausbeuterische Kinderarbeit.

In enger Zusammenarbeit mit dem Sonthofer Weltladen konnten seit 2005 viele Aktionen, Projekte und Veranstaltungen realisiert werden. Um sich noch stärker für den Fairen Handel zu engagieren, hat sich die Stadt Sonthofen Mitte 2009 um den Titel Fairtrade-Stadt beworben. In nur 3 Monaten gelang es, alle Kriterien für die Auszeichnung zu erfüllen. Diese erfolgte am



27 Städtekaffees in Bayern (Stand März 2010)
www.fairerhandel-bayern.de

10.12.2009, dem Tag der Menschenrechte.



1. Bürgermeister Hubert Buhl, Renate Schiebel vom Weltladen Sonthofen und viele Akteure u.a. des Projektteams nehmen die Auszeichnung als Fairtrade-Stadt entgegen (Foto: Stadt Sonthofen).

Unter dem Motto „Bio-Regional-Fair“ will die Stadt Sonthofen jedoch nicht nur den Fairen Handel unterstützen, sondern auch hiesige Produkte der Landwirtschaft und biologische Produkte aus der Region in die Aktion mit einbeziehen. Zur Titelverleihung engagierten sich 10 Geschäfte, 3 Cafés und Restaurants, fast alle Sonthofer Schulen, die Kirchengemeinden, der Katholische Frauenbund und verschiedene Vereine, Firmen, Geschäfte und Büros und sogar ein Friseursalon bei der Aktion.



Faires Frühstück (Foto: Stadt Sonthofen)

Die Herausgabe eines eigenen Flyers sowie das Engagement der Steuerungsgruppe im Projekt haben bereits weitere interessierte Partner auf den Plan gerufen. So hat die Allgäuer Volksbank mit Sitz in Kempten beschlossen, mit all ihren Filialen im Allgäu an der Aktion teil zu nehmen. Ebenso beabsichtigt die Weltfirma Bosch mit ihren Werken in Blaichach und Immenstadt, verschiedene Produkte auf Faire Produkte umzustel-

len. Mit einem Bio-Regional-Fairen Markt im Mai soll aufgezeigt werden, dass sich der Faire Handel mit den Partnern des Südens mit der heimischen Landwirtschaft gut verbinden lässt.



Besonders erfreulich ist, dass durch die positive und engagierte Arbeit im Projekt weitere Bündnispartner wie der Katholische Frauenbund, die Landfrauen und weitere engagierte Menschen gefunden wurden und somit ein Netzwerk an Gleichgesinnten aufgebaut werden kann. Wünschenswert wäre es, wenn diese Idee im Allgäu und darüber hinaus in ganz Deutschland viele Nachahmer findet.

www.sonthofen.de

Petra Wilhelm ist Referentin des

1. Bürgermeisters der Stadt Sonthofen

Kontakt: petra.wilhelm@sonthofen.de

Tel.: 08321.615-278

- **Bewerbung als Hauptstadt des Fairen Handels**

Ihre gesammelten Erfahrungen im Fairen Handel können Sie dann in einer Bewerbung zur Hauptstadt des Fairen Handels zusammenfassen – alle zwei Jahre organisiert die Servicestelle „Kommunen in der Einen Welt“ diesen Wettbewerb.

www.service-eine-welt.de

Eine Welt-Akteure: Partner der Kommunen in Bayern

Überall in Bayern engagieren sich Menschen für globale Gerechtigkeit, Menschenrechte, Solidarität, Frieden und Bewahrung der weltweiten Schöpfung. Eine Welt-Initiativen, Weltläden und Nord-Süd-Foren gründeten 1999 das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. Die Mitglieder des Eine Welt Netzwerks Bayern wollen mehr Menschen dafür gewinnen, ihr Denken und Handeln an der Verantwortung für die Eine Welt zu orientieren.

Durch Informations- und Bildungsveranstaltungen, Aktionen, Kampagnen und Fairen Handel stellen die Mitglieder des Eine Welt Netzwerks unserer Gesellschaft immer wieder die Frage nach der Zukunftsfähigkeit unserer Lebensweise und setzen sich – auch auf lokaler Ebene – für eine gerechte Globalisierung ein.



Orte mit Mitgliedsorganisationen des Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. (Stand März 2010)



www.bayern-einewelt.de
www.kommunen-einewelt.de
www.eineweltnetzwerkbayern.de